

Antrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

Entschließung zu der Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 5. Januar 2021

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass durch die im Dezember durch die Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs von Neuinfektionen mit dem Corona-Virus, das seinerzeit erneute exponentielle Wachstum gebrochen und auch die 7-Tage-Inzidenz gesenkt werden konnte;
2. dass die Situation in den Krankenhäusern jedoch weiterhin äußerst angespannt und volatil ist und das medizinische Personal an seiner absoluten Belastungsgrenze arbeitet. Daher muss die Zahl der täglichen Neuinfektionen sowie die 7-Tage-Inzidenz noch deutlich weiter gesenkt werden. Nur so kann eine Gesundheitsnotlage von nationaler Tragweite verhindert und der Normalbetrieb in den Krankenhäusern insgesamt wiederhergestellt werden;
3. dass die Durchimpfung eines überwiegenden Teils der Bevölkerung der entscheidende Faktor der Pandemiebewältigung ist. Dieses Ziel wird erst in einigen Monaten erreicht sein. Da nach derzeitigem Stand der Wissenschaft nicht gesichert ist, ob geimpfte Personen das Virus weitergeben können, sind, bis eine entsprechende Impfquote erreicht ist, die Fortführung von Schutzmaßnahmen und Kontaktnachverfolgung weiterhin erforderlich. Die Kontaktnachverfolgung ist aber nur bei niedrigem Infektionsgeschehen flächendeckend möglich. Ziel der Maßnahmen muss daher weiterhin eine 7-Tage-Inzidenz von unter 50 sein;
4. dass es zur Abwendung der Gefahr einer nationalen Gesundheitsnotlage und zum Schutz insbesondere der Risikogruppen unumgänglich ist, die wirksamen und angemessenen Einschränkungen weiterhin aufrechtzuerhalten. Nur indem wir die Ausbreitung des Virus verlangsamen, können wir eine Überlastung unserer Krankenhäuser, die bis hin zu Triage-Entscheidungen führen könnte, vermeiden und eine hohe Sterblichkeit verhindern;
5. dass der Landtag von Baden-Württemberg weiterhin für die große Eigenverantwortlichkeit, Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme der Menschen dankbar ist;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Vereinbarung der Konferenz der Regierungschefinnen und der Regierungschefs vom 5. Januar 2021 zeitnah und angemessen umzusetzen;
2. erforderlichenfalls, in bestimmten Stadt- und Landkreisen, die besonders hohe Inzidenzzahlen aufweisen, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen;
3. bei den zur Pandemiebekämpfung erforderlichen Kontaktbeschränkungen eine die besondere Situation von Kindern unter 14 Jahren Rechnung tragende Regelung zu treffen;
4. insbesondere den Präsenzbetrieb in Kindertagesstätten und Grundschulen vor dem Hintergrund der überragenden Bedeutung von Betreuung und Bildung für Kinder und Eltern wiederaufzunehmen, sobald das Infektionsgeschehen dies zulässt;
5. die rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen, damit an den Hochschulen und Akademien nach dem Akademiegesezt im Wintersemester 2020/2021 auch weiterhin der Studienbetrieb aufrechterhalten werden kann, und hierfür insbesondere zur Durchführung von Prüfungen den Ausleihbetrieb an den Wissenschaftlichen Bibliotheken (Landesbibliotheken und Hochschulbibliotheken) zu ermöglichen (und für die Durchführung sportwissenschaftlicher Lehr- und Prüfungsveranstaltungen die Nutzung von Sportstätten zu erlauben);
6. weiterhin in Abstimmung mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die durch die Schließung ihrer Betriebe bzw. durch die Untersagung von Veranstaltungen insbesondere aus dem Bereich Kunst und Kultur betroffenen Unternehmen und Menschen finanziell unterstützt werden;
7. dem Einzelhandel unter Beachtung von Hygienevorgaben das sogenannte „Click & Collect“ zu gestatten, um damit den Betrieben zu ermöglichen, Umsätze zu generieren und Arbeitsplätze zu sichern;
8. alle Maßnahmen zusammen mit der Bundesregierung zu ergreifen, um schnellstmöglich ein flächendeckendes Impfangebot für die gesamte Bevölkerung zu ermöglichen.

08. 01. 2021

Schwarz, Andreas
und Fraktion

Dr. Reinhart
und Fraktion